

## Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2021

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

seit nunmehr zwanzig Jahren organisiere ich in politischer Verantwortung die Haushaltsplanung für die Stadt Raunheim und bringe entsprechende Haushaltsplanentwürfe in die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Raunheim ein.

Im Laufe dieser Zeitspanne habe ich Jahr für Jahr besser ein Gefühl dafür entwickeln können, wo wir nach Abschluss eines Haushaltsjahres landen werden. Das galt für die geplanten Ausgaben, besonders aber auch für die Einnahmen, die bekanntermaßen viel weniger gut eingeschätzt werden können.

Dabei gab es Jahre, in denen die uns in der Verwaltung vorliegenden Anmeldungen von Erträgen aus der Gewerbesteuer mir unrealistisch niedrig oder hoch erschienen. In der Regel habe ich aufgrund eigener Einschätzungen zu branchenspezifischen oder gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen dann ein Volumen festgelegt, das entweder höher oder niedriger als die Summe der von den Finanzämtern übermittelten Festsetzungen lag.

Wenn wir heute auf die vergangenen Jahre zurückschauen, dann lässt sich feststellen, dass wir mit dieser Gemengelage aus gemeldeten Zahlen und erahnten Potentialen positiver oder negativer Entwicklungen im Großen und Ganzen sehr gut gefahren sind. Verschätzt haben wir uns kaum, gelegentlich hatten sich nur die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen so kurzfristig geändert, dass wir Korrekturen vornehmen mussten (bzw. durften) oder einfach andere Ergebnisse hinnehmen mussten bzw. freudig annehmen konnten.

Zum ersten Mal nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, habe ich kein Gefühl zu dem Haushaltsplanentwurf, den ich heute einbringe.

Deshalb ist dieser Entwurf dadurch gekennzeichnet, dass wir auf der Einnahmeseite zum ersten Mal einfach die Zahlen aufgenommen haben, die uns durch die Stellen, die dazu befähigt und beauftragt sind, übermittelt wurden.

Ob Schlüsselzuweisungen, der Anteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer oder aber die Erträge aus der Gewerbesteuer: in diesem Entwurf finden Sie ausschließlich die von Dritten gemeldeten Einnahmehöhen. Wie weit das in einer Krisenzeit trägt, deren Ausmaß sich auch für das Haushaltsjahr 2021 kaum erahnen lässt, vermag ich weder rational noch gefühlsmäßig einzuschätzen.

Blickt man auf die erwartbare Ausgangslage der Stadt Raunheim im Hinblick auf einen weiteren möglichen Krisenverlauf, dann ergibt sich folgende Einordnung. Zunächst lässt sich feststellen, dass unsere Stadt deutlicher als andere Gebietskörperschaften von dem Umstand betroffen ist, dass ein ganzer Wirtschaftssektor, nämlich der direkt oder indirekt auf den Luftverkehr ausgerichtete, bedrohlich schwächelt.

Dieser Schwerpunkt ist in „normalen“ oder wirtschaftlich prosperierenden Zeiten in dieser Weise gar nicht sichtbar. Wie weit beispielsweise Unternehmen der Logistikbranche vom Transport von Gütern über den Luftverkehr leben, ist von außen, und das ist unser Überblicksstandort, nicht erkennbar.

Gleichzeitig gibt es zahlreiche Logistikunternehmen, die gerade den Umsatz „ihres Lebens“ machen. Das verstärkte Einkaufen über das Internet in Coronazeiten verstärkt den bereits bestehenden Prozess des Bedeutungsverlustes von Einzelhandelsstrukturen vor allem in den etablierten Einkaufspassagen der Innenstädte. Ausgerechnet aus dieser (von uns allen wohl kaum gewollten) Entwicklung gehen aber nun einzelne Logistikunternehmen in dieser Krise (auch in Raunheim) als Gewinner hervor und zahlen in einer Zeit mehr Gewerbesteuer in der andere aus der gleichen Branche ums blanke Überleben kämpfen.

Wir erleben eine Phase der Entwicklung unseres Wirtschafts- und Finanzsystems, bei der wir beim Versuch des Erahmens eines Endes derzeit wohl immer nur falsch liegen können.

Zu viele Unbekannte lassen einfach auch für den besten Mathematiker kein Rechenergebnis erreichen – das ist, offen gesprochen, unsere Ausgangslage.

Zu einer dieser Unbekannten gehört, wie schon angedeutet, die Entwicklung des Luftverkehrs.

Große Unternehmen der IT-Branche sind dabei genauso betroffen wie kleine Zollabfertigungsunternehmen, Securitydienste, Caterer, ja sogar Blumengeschäfte etc.

Es ist eine wesentliche Erkenntnis dieser Krise, dass der Flughafen tatsächlich mehr ist als ein Unternehmen, das Flugzeuge starten und landen lässt.

Zurück zu den Zahlen aus der Vereinnahmung von Gewerbesteuern.

Rund 14,8 Mio. Euro ergibt das Zusammenrechnen aller Meldungen der Finanzämter. Und diesmal kann keine ergänzende Beurteilungsrundlage und kein Gefühl eingesetzt werden, um den Betrag nach oben oder unten anzupassen. Wir müssen diesmal starr agieren, weil wir in Zeiten vollständiger Unsicherheiten keine Instrumente für eine sichere Einschätzung zur Verfügung haben.

Gegenüber dem geplanten Ansatz für das Haushaltsjahr 2020 fehlen also bereits über 4 Mio. Euro beim Gewerbesteueraufkommen.

Leider kommt es aber auch bei den Schlüsselzuweisungen zu Reduzierungen, denn diese stellen sich von 4,5 Mio Euro in 2020 auf nur mehr 2,8 Mio Euro abgesenkt dar.

Lediglich beim Einkommenssteueranteil ist eine leichte Verbesserung gemäß der Prognose des Landes Hessen von 7,4 Mio € in 2020 auf 7,8 Mio € in 2021 zu erwarten.

Doch nicht allein die verringerten Einnahmepositionen sind zu verdauen.

Auch auf der Ausgabenseite ergeben sich unabwendbare Erhöhungen beispielsweise durch Stellenzuwächse bedingt durch die neue Kita, durch Aufwand im Zusammenhang mit der Sicherstellung des Brandschutzes aber auch durch eine abermals gestiegene Kreis-/Schulumlage.

Während für die Umlagen an den Kreis in 2020 zusammen noch 13,1 Mio. Euro aufzubringen waren, sind für 2021 schon 500.000 Euro mehr fällig, nämlich 13, 6 Mio. Euro.

Zusammen sind Ergebnisverschlechterungen gegenüber dem vorangegangenen Planjahr in Höhe von 4 Mio. zu verdauen gewesen, um einen genehmigungsfähigen Haushaltsplan Ihnen sowie der Kommunalaufsicht des Kreises vorlegen zu können.

Um es vorwegzunehmen, wir haben das durch massive Einsparungen bei den laufenden Ausgaben und die Einbeziehung der Gesamtleistungen der wirtschaftlichen Unternehmen der Stadt bewältigen können. Allein diese Beschreibung reicht sicher aus, um zu verdeutlichen, dass sich das mit Blick auf die Haushaltsjahre nach 2021 nicht beliebig wiederholen lässt.

Zurück zum Thema Umlagegrundlagen und Schlüsselzuweisungen: Die Umlagezahlungen an den Kreis errechnen sich auch aus den Gewerbesteuererinnahmen, die wir vor dem aktuellen Planungshorizont erwirtschaften konnten. Die Umlageanstiege stellen sich in diesem Jahr besonders hoch dar, weil wir über Jahre hinweg einen deutlichen und kontinuierlichen Anstieg beim Gewerbesteueraufkommen zu verzeichnen hatten.

Aus dem gleichen Grunde verringern sich die Schlüsselzuweisungen, denn die „Bedürftigkeit“ der Stadt Raunheim, die Maßstab für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen ist, ist durch das hohe Aufkommen an Gewerbesteuererinnahmen relevant gesunken.

Nun könnte man der Meinung sein, dass sich ja dann für das Haushaltsjahr 2022 alles bessern müsste. Der deutliche Rückgang beim Gewerbesteueraufkommen müsste doch erwarten lassen, dass Umlagen an den Kreis wieder sinken und Schlüsselzuweisungen an die Stadt wieder steigen. Theoretisch ist das so. Allerdings ist nicht zu erwarten, dass in den Topf der Schlüsselzuweisungen in Anbetracht der durch Corona ausgelösten Wirtschaftskrise überhaupt wieder hinreichende Mittel einfließen können.

Und auch mit Blick auf die Kreisumlage steht zu befürchten, dass der Kreis aufgrund des in Coronazeiten deutlich ausgebauten medizinischen Vorsorge- und Pandemiebekämpfungsprogramms höhere finanzielle Mittel den Kommunen abverlangen wird.

Es wird folglich erkennbar, dass wir es mit dramatischen Ergebnisverschlechterungen zu tun haben werden, die sich nicht auf ein Haushaltsjahr beschränken lassen.

Nun darf aber auch nicht vergessen werden, dass sich Raunheim in dieser Situation in bester Gesellschaft befindet. Nahezu allen Gebietskörperschaften, sofern sie nicht allein umlagefinanziert sind, geht es so.

Hätten wir das Problem wegbrechender Einnahmen nur alleine, dann gäbe es nur ein wirksames und vertretbares Konzept, nämlich sparen, sparen, sparen.

Sparen, sparen, sparen ist aber kein vertretbares Konzept, wenn es darum geht, die deutschland-, europa- und weltweite Rezession erfolgreich zu bekämpfen.

Volkswirtschaftlich hinreichend untersucht, dokumentiert und bewertet sind mittlerweile unterschiedliche Konzeptionen des Reagierens auf plötzlich eintretende, dramatische gesamtwirtschaftliche Abschwächungen.

Beispielhaft sei hier auf zwei historische Ereignisse eingegangen:

Der schweren Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts begegneten nahezu alle Staaten mit sparen, sparen, sparen. Im Ergebnis verschärfte sich die Krise immer weiter, weil an die Wirtschaft immer weniger Aufträge ergingen und damit immer mehr Branchen in den Strudel abwärts gezogen wurden.

Das erfolgreiche Gegenmodell hierzu stellt die Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise nach dem Jahr 2008 dar.

Umfangreiche Investitionsförderungen, unterstützt durch massive Bezuschussungen seitens der Regierungen, verhinderten ein massives Absinken der Wirtschaftsleistungen und damit auch der Steuererträge, die bereits wenige Jahre nach dem Ausbruch der Krise wieder so deutlich anstiegen, dass sie zu einer weitreichenden Kompensation der während der Krise aufgenommenen Kredite verwendet werden konnten.

Es verbietet sich also auch für eine Stadt Raunheim aktuell, im Rahmen einer Verantwortung der Kommunen für einen erfolgreichen Neustart der Wirtschaft vorrangig durch Sparen die Krisensituation auf lokaler Ebene überwinden zu wollen.

Welches Konzept erscheint denn dann überhaupt noch geeignet, auf dramatische Mindereinnahmen zu reagieren, ohne sich der gesamtwirtschaftlichen Verantwortung zu entziehen?

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Haushaltsplanentwurf gibt darauf eine Antwort!

Diese Antwort fällt im Hinblick auf die Ausgangslage differenziert und angemessen aus:

Es wird vor allem dort gespart, wo wir es mit laufenden Ausgaben der Verwaltung zu tun haben, die keine Investitionen darstellen und außerhalb des Bildungskonzeptes Raunheim verortet sind.

Und es wird nicht dort gespart, wo wir es mit Investitionen in Zukunftsthemen zu tun haben, bei denen zudem zu erwarten ist, dass sie seitens des Bundes und der Länder massiv im Rahmen der Krisenabwehr finanziell bezuschusst werden.

So werden Sie beispielsweise im Haushaltsplanentwurf 500.000 Euro für die Sanierung, Erweiterung und den ökologischen Umbau des Raunheimer Waldes finden. Die gleiche Summe planen wir ein für die Umsetzung eines engagierten und zukunftsweisenden Biodiversitätskonzeptes.

Beide Maßnahmen tragen auch wesentlich dazu bei, die Klimaschutzziele der Stadt erfolgreich verfolgen und erreichen zu können.

Weitere Investitionen, die mindestens Co-Finanzierungen von Bund und Land erwarten lassen sind:

• Ausbau Mainradweg	900.000 €
• Brandschutz-Löschfahrzeug	500.000 €
• Ausbau der Barrierefreiheit/Bushaltestellen	500.000 €
• Modernisierung/Ergänzung Straßenlaternen	200.000 €
• Sanierung Breslauer Straße	200.000 €
• Umstellung Beleuchtung auf LED	100.000 €
• Begrünung/Gestaltung Parkplatz Renneisengrundstück	100.000 €
• Teilerneuerung/Attraktivierung Spielplatz Brückenpark	100.000 €
• sowie weitere Investitionen unterhalb von	100.000 €.

Während also bei den Investitionen die aktuelle Lage aktiv genutzt wird, um der Wirtschaft als Ganzes und den wichtigen Zielen der Stadt (Stadtleitbild!) den erforderlichen Schub zu geben, wird im Produkthaushalt erkennbar, dass die Zitrone, die auch schon vor der Krise nicht allzu prall gefüllt war, durch weitreichende Einsparvorgaben fast vollständig ausgepresst wurde.

Nach Einschätzung aller, die an der Reduzierung der Ausgaben über lange Tage und teilweise Nächte hinweg mitgearbeitet haben, ist nun kaum mehr Restsaft enthalten, der, falls erforderlich, in einer zweiten Konsolidierungswelle ausgepresst werden könnte.

Falls also im Laufe des kommenden Haushaltsjahres eine weitere Verschärfung der Finanzlage eintreten sollte und zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen notwendig würden, dann müsste es tatsächlich ans Eingemachte gehen.

Gemeint wären damit dann temporäre Einschnitte in das vielfältige Angebot an freiwilligen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Das klingt zunächst wie ein Tabubruch. Ehrlicherweise sollte man aber auch

feststellen, dass eine Krise eben ein Krise ist, die in der Regel nicht ohne Einschränkungen zu meistern ist.

Vorangegangenen Generationen war dieses noch bewusst und es gehörte zum allgemeinen Verständnis, dass so etwas im Leben auftreten kann, hinzunehmen und durch individuellen Fleiß und kollektives Engagement zu überwinden ist.

Heutzutage dagegen scheint es für die meisten Menschen einen Anspruch auf ein Leben zu geben, das mit stetigen Verbesserungen des Freizeitangebotes, höheren Einkommen, optimiertem Komfort und umfänglichen Absicherungen verbunden ist.

Vor dem Eindruck eines derzeit noch völlig unklaren Verlaufs der Coronakrise lässt sich nicht ausschließen, dass wir nun ein (vorübergehendes) Aussetzen des permanenten Wohlstandsmehrungsprozesses erleben werden. Finanzierungsschwierigkeiten der Stadt treffen dann auf eine allgemeine Finanzierungsschwäche des Staates insgesamt sowie der Bürger dieses Landes. Einsparungen erscheinen außerhalb des Bereiches der Investitionen unverzichtbar und prägen, wie bereits erwähnt, den Produkthaushalt des hier vorgelegten Planwerkes.

Beispielhaft seien folgende Einsparungen oder Mehreinnahmen (also Ergebnisverbesserungen) erwähnt:

• Personal- und Verwaltungskosten (Einsparungen u. a. durch verzögerte Stellenbesetzungen)	1.600.000 € (Einsparungen)
• Sicherheit und Ordnung (Radaranlage)	150.000 € (Mehreinnahmen)
• Verwaltungseinrichtungen	135.000 € (Einsparung)
• Finanzen und Steuern	110.000 € (Einsparung)
• Liegenschaftsverwaltung	100.000 € (Mehreinnahmen)
• ÖPNV	80.000 € (Einsparung)
• Städtische Organe	17.000 € (Einsparung)
	-----

**Ergebnisverbesserung (gesamt) 4.187.000 Euro,**  
davon **Einsparungen: 1.942.000 Euro**

Die unsicheren Einnahmeparameter lassen es, wie bereits erwähnt, nicht unwahrscheinlich erscheinen, dass im Kontext der Coronakrise weitere Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich werden. Damit würde es vermutlich notwendig, einen Nachtragshaushalt zu erarbeiten.

Es gehört zu meiner Verantwortung als Kämmerer dieser Stadt, dies bei Einbringung dieses Haushaltsplanentwurfes als mögliches Szenario zu benennen.

Uns allen fehlt die notwendige Glaskugel, um Entwicklungen der Krisensituation im Hinblick auf Schärfe und Dauer hinreichend vorausahnen zu können.

Wenn wir mit einem blauen Auge davon kommen, dann auf Basis dieses Haushaltsplanentwurfes.

Sollte das nicht reichen, dann werden individuell Abstriche zu machen sein. Ich hoffe, dass es dazu nicht kommt.

In jedem Fall aber sollten wir einen politischen Konsens aufrechterhalten, der bisher zwischen den im Stadtparlament vertretenen Parteien galt: Die Basis des Bildungskonzeptes Raunheim mit seinen vielfältigen Einwirkungs- und Förderungsinstrumenten bezogen auf die Entwicklung der hier zu erziehenden, zu betreuenden und zu bildenden Kinder sollte unangetastet bleiben. Alle anderen Güter vertragen in unserer hoch entwickelten Gesellschaften Einschränkungen, die Bildungs- und Entwicklungsförderung der heranwachsenden Generation nicht.

Sie spüren, dass ich bei Einbringung dieses Haushaltsplanentwurfes das erste Mal seit ich das Bürgermeisteramt bekleide, von großer Sorge bestimmt bin.

Möge sich diese Sorge als unbegründet erweisen und unsere Stadtgesellschaft weiter das Anwachsen an Angeboten zur Erleichterung und Bereicherung des Lebens erfahren. Sollte das aber nicht möglich sein, dann können wir nur darauf hoffen, dass wir die Stärke haben eine Krisensituation zu meistern, die in bislang ungekannter Weise Einschränkungen, Beschränkungen und Verzicht mit sich bringt.

Diese Stärke hätten wir dann, als diejenigen, die gewählte Repräsentanten der Stadtgesellschaft sind, vorzuleben. Ich bin mir sicher, dass wir dann auch eine andere Kultur des (kommunalpolitischen) Umgangs miteinander brauchen. Ich wünsche uns die dafür nötige Größe.

Nun noch zu den wesentlichen Eckdaten dieses Haushaltsplanentwurfes:

- Ordentliche Erträge	- 43.686.076 €
- Ordentliche Aufwendungen	43.253.891 €
- Ordentliches Ergebnis	- 432.185 €
- Geplante Investitionen	4.308.300 €

Geplantes Kassenkreditvolumen zur Sicherstellung der Liquidität während der Coronakrise:

15.000.000 Euro

Mein Team und ich stehen Ihnen wieder gerne für Erläuterungen zur Verfügung. Denkbar sind für Ihre Beratungen des Haushaltsplanentwurfes sowohl Präsenzsitzungen als auch Videokonferenzen zu denen wir uns bei Bedarf gerne auch zuschalten.

Mit Einbringung dieses Haushaltsplanentwurfes wird dieser zeitgleich im Ratsinformationssystem für Sie freigeschaltet.

Im Nachgang, das wird in wenigen Tagen der Fall sein, schalten wir auch noch das in übersichtlicher Form zusammengefasste Finanzsicherungskonzept frei und liefern Ihnen auf diesem Wege auch noch schriftliche Erläuterungen zu allen Produkten im Haushalt bei denen Abweichungen oberhalb 100.000 Euro gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen sind.

Abschließend möchte ich mich ganz besonders bei den fleißigen und unermüdlichen Mitarbeiter\*innen bedanken, die mit großem Engagement daran gearbeitet haben, Ihnen einen Haushaltsplanentwurf vorzulegen, der die haushaltsrechtlichen Vorgaben des Landes Hessen erfüllt und genehmigungsfähig der Aufsicht vorgelegt werden kann.

Raunheim, den 03.11.2020

Thomas Jühe  
Bürgermeister